



Stadt Kamen

Niederschrift

PUA

über die
8. Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses
am Montag, dem 03.12.2012
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 20:00 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Dieter Hartig
Herr Hans-Dieter Heidenreich
Herr Peter Holtmann
Frau Renate Jung
Herr Klaus Kasperidus
Herr Martin Köhler
Herr Michael Krause
Herr Friedhelm Lipinski
Frau Ursula Müller
Herr Volker Sekunde
Herr Klaus Slomiany
Herr Udo Theimann
Herr Theodor Wältermann

CDU

Herr Karsten Diederichs-Späh
Herr Heinrich Kissing
Frau Susanne Middendorf
Frau Ina Scharrenbach
Herr Ernst-Dieter Standop

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Frau Anke Schneider

FDP

Herr Alfred Mallitzky

DIE LINKE / GAL

Herr Gerrit Naujoks

Sachverständige gem. Beschluss des Planungs- u. Umweltausschusses

Herr Heinrich Hellekemper
Herr Friedhelm Retzlaff

Ortsvorsteher

Herr Ulrich Klein

Verwaltung

Herr Matthias Breuer
Herr Reiner Brüggemann
Herr Karsten Harrach
Frau Monika Holtmann
Herr Uwe Liedtke
Herr Jens Neunert

Gäste

Herr Dr. Homburg, GSW

Entschuldigt fehlten

Herr Cetin Bahcekapili
Herr Thomas Blaschke
Frau Marion Dyduch
Herr Dieter Kloß
Herr Herwig Rabeneck
Frau Heike Schaumann
Herr Karl-Heinz Stoltefuß

Auf die in der Niederschrift hingewiesenen Präsentationen aus der Sitzung am 03.12.2012 kann über das Ratsinformationssystem zugegriffen werden.

Herr **Lipinski** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung, begrüßte die Anwesenden, insbesondere die Zuhörer sowie die Vertreter der Presse und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Für die CDU-Fraktion beantragte Frau **Scharrenbach** die Zusammenlegung der Tagesordnungspunkte 3 u. 4 der Einladung. Diesem Antrag wurde zugestimmt.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Beleuchtungskonzept Energetische Umrüstung der Straßenbeleuchtung Sachstandsbericht der Gemeinschaftsstadtwerke Kamen - Bönen - Bergkamen, Dr. Homburg	119/2012
2	Luftreinhalteplan 2012	
3	Lkw-Navigationssystem Metropole Ruhr Sachstandsbericht der Verwaltung zur Beteiligung am Pilotprojekt als Referenzstadt	
4	LKW-Lenkungskonzept Antrag der CDU-Fraktion vom 23.11.2012	
5	Zweite Stufe der Lärmaktionsplanung in Kamen	
5.1	Bericht der Verwaltung (s. dazu auch Auszug aus der Niederschrift des PUA vom 03.09.2012)	
5.2	Antrag der CDU-Fraktion vom 29.10.2012	
6	Bauvorhaben im Stadtgebiet Bericht der Verwaltung	
7	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
8	Baumaßnahmen Bahnhofsumfeld (Wohnumfeldverbesserung Bahn- hofstraße, Netzschluss Innerer Ring, ÖPNV-Infrastrukturmaßnahmen) Ortsbegehung des Planungs- und Umweltausschusses (Bahnhof- straße, Poststraße, Am Bahnhof)	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Beleuchtungskonzept
Energetische Umrüstung der Straßenbeleuchtung
Sachstandsbericht der Gemeinschaftsstadtwerke Kamen - Bönen - Bergkamen, Dr. Homburg

Zunächst begrüßte Herr **Lipinski** als Referenten zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Dr. Homburg, GSW Kamen – Bönen – Bergkamen. Er erinnerte daran, dass Herr Dr. Homburg bereits in der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 03. Mai 2012 eine erste Datenanalyse zur Straßenbeleuchtung im Versorgungsgebiet Kamen vorgestellt habe.

Anhand einer Präsentation (s. Ratsinformationssystem) gab Herr **Dr. Homburg** einen ausführlichen Sachstandsbericht. Er ging insbesondere auf den Handlungsbedarf (Präsentation S. 4), die verschiedenen Umrüstmöglichkeiten sowie die damit verbundenen Einsparpotentiale ein. Im Ergebnis könne festgehalten werden, dass sich Handlungsbedarf für die Beleuchtungskörper ergebe, deren Leuchtmittel laut EU-RL ab April 2015 tlw. nicht mehr im Handel sein werden. Dabei handele es sich um U-Röhren (481 Leuchten), HME-Lampen (1.410 Stück) u. HSE-Lampen (321 Stück). Die U-Röhren befänden sich in Trichter- u. Langfeldleuchten. Hier sollen neue LED-Köpfe eingebaut werden. Darüber hinaus könne die Zahl der Leuchtköpfe (2-flammige Leuchten können durch 1-flammige ersetzt werden) von 481 auf 465 reduziert werden. Des Weiteren seien die Wartungsintervalle bei der neuen LED-Technik länger, so dass auch im Bereich der Wartung Einsparungen zu erwarten seien. Nach derzeitigem Stand ergebe sich eine Kostenreduzierung von ca. 51 T€ auf ca. 30 T€ pro Jahr (mithin eine Einsparung von ca. 21 T€) bei Umsetzung des LED-Projektes bei U-Röhren. Diese Einsparung wirke sich direkt nach der Umrüstung aus. Begonnen werden könne mit dieser Maßnahme im 2. Quartal 2013 – vorbehaltlich einer entsprechenden vertraglichen Vereinbarung mit der Stadt Kamen.

Der Austausch der 1.410 HME-Leuchtköpfe sei für 2014/2015 vorgesehen. Diese seien z. B. in Pilzleuchten, Kugelleuchten u. Kutscherleuchten zu finden. Hier seien die Leuchtköpfe als solche auszutauschen. Mögliche Modelle seien z. B. die technische Leuchte „Lumega“ oder die „Oberlichtleuchte“ (Präsentation S. 15) – eine Auswahl sei zu gegebener Zeit zu treffen. Neben der Ausstattung mit energiesparenden Leuchtmitteln könne auch hier (durch den Ersatz von zweiflammigen durch einflammige Leuchten) eine Einsparung von Leuchtköpfen erreicht werden. Er schätze das mögliche Einsparpotential auf ca. 8 T€ im Jahr pro 100 Leuchten. Bei den 321 HSE-Leuchten werde lediglich im Rahmen der tumusmäßigen Wartung das Leuchtmittel ausgetauscht. Damit sei den EU-Richtlinien genüge getan.

Zunächst habe Herr Dr. Homburg die Möglichkeiten der Kostenersparnis durch die Umrüstung der Straßenbeleuchtung mit energiesparenden Leuchtmitteln und geänderten Wartungsintervallen erläutert, so Herr **Brüggemann**. Die Verwaltung erwarte eine Einsparung in Höhe der HSK-Position 48, wenn alle Möglichkeiten umgesetzt seien. Um diese Einsparungen erzielen zu können, sei es andererseits notwendig, Investitionen zu tätigen (Kosten für Umrüstung der Leuchtköpfe u. neue Leuchtmittel). Seitens der Verwaltung sei angedacht, den Investitionsaufwand durch ein Contractingmodell mit den GSW zu finanzieren.

Nach derzeitigen Erkenntnissen würde ein Anteil in Höhe von 15 T€ bis 17 T€ pro Jahr aufzubringen sein. Eine differenzierte finanztechnische Betrachtung sei insofern erforderlich (Abgrenzung HSK – Investitionsbedarf). Seitens der GSW würden die Fördermittel für die Umrüstung der Straßenbeleuchtung beantragt. Nunmehr befasse sich die GSW mit der Straßenbeleuchtung im gesamten Versorgungsgebiet. Die Umsetzung sei zu koordinieren und zeitlich mit den betroffenen Kommunen abzustimmen.

Auf die Nachfrage von Herrn **Standop**, erklärte Herr **Dr. Homburg**, dass die Leuchtenmasten i. d. R. erhalten blieben; lediglich Leuchtkopf u. Leuchtmittel würden ausgetauscht.

Herr **Krause** bedankte sich für den detaillierten Vortrag. Nach erster Vorstellung der Datenanalyse im Mai 2012 sei diese Konkretisierung mit Umsetzungsmöglichkeiten und voraussichtlicher Kosteneinsparungen mit Spannung erwartet worden. Das Potential der möglichen Einsparungen sei nicht unerheblich. Bei dieser Darstellung erscheine das Haushaltssicherungskonzept realisierbar. Im Rahmen der Umsetzung von ggf. weiteren Maßnahmen (z. B. Ausdünnung / Abschaltung von Straßenbeleuchtung) sollten die Interessen der Bürgerinnen und Bürger beachtet und berücksichtigt werden.

Die vorgestellten Ergebnisse würden der Erwartungshaltung der CDU-Fraktion entsprechen, führte Frau **Scharrenbach** aus. Die dargestellten positiven Effekte aus technischen Maßnahmen und Inanspruchnahme der Förderkulisse seien hinreichend bekannt. Diese Möglichkeiten müssten genutzt werden. Insofern unterstütze auch die CDU-Fraktion die Umsetzung des Projektes. Sie erkundigte sich bei der Verwaltung, wann eine Entscheidung zu den vertraglichen Konditionen getroffen werde und erkundigte sich nach der Beschlussreife.

Auf die Nachfrage von Herrn **Diederichs-Späh**, ob sich die Umrüstung auf Hauptstraßen begrenze, erklärte Herr **Dr. Homburg**, dass alle Standorte mit den entsprechenden Lampentypen wie dargestellt umgerüstet würden.

Herr **Diederichs-Späh** wies darauf hin, dass durch die Finanzierung der Investitionen die dargestellten Einsparungen nicht in vollem Umfang wirksam seien.

Das Vorgehen der Thematik, die sich bereits lange in der Diskussion befände und von seiner Fraktion bereits seit vielen Jahren eingefordert werde, wurde durch Herrn **Kühnapfel** sehr begrüßt. Er wünsche sich eine beschleunigte Umsetzung der Maßnahmen. Er regte an, die Möglichkeit einer Abschaltung der Straßenbeleuchtung in konfliktarmen Bereichen – wie z. B. im Bereich der B 233 geschehen – zu untersuchen und in die Beratung einzubringen.

Herr **Brüggemann** verdeutlichte, dass neben der Umrüstung weitere Parameter, wie z. B. Ausdünnung der Straßenbeleuchtung, Abschaltung an anbaufreien Strecken, Änderung von Beleuchtungszeiten, im Rahmen des Gesamtkonzeptes zu diskutieren und letztlich vom Fachausschuss zu beschließen seien. Hier sei eine umfangreiche Abwägung erforderlich – die Schaffung von Angsträumen solle vermieden werden. Die Verwaltung werde dies nicht allein entscheiden.

Es sei vielmehr vorgesehen, ein im Verwaltungsvorstand abgestimmtes Konzept zur Straßenbeleuchtung dem Planungs- und Umweltausschuss zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Die Frage von Frau Scharrenbach zur Abwicklung der Finanzierung der von Herrn Dr. Homburg dargestellten Maßnahmen sei letztlich eine finanztechnische Entscheidung. Der Vorschlag der Verwaltung dazu sei noch nicht abschließend geklärt. Eine Investition sei im Haushalt darzustellen – ein Vertragsgeschäft könne die Verwaltung selbst organisieren.

Zur Anmerkung von Herrn Kühnapfel bezüglich einer zeitlichen Verzögerung der Umsetzung entgegnete Herr Brüggemann, dass die technischen Möglichkeiten mit der LED-Technik erst in der jüngeren Vergangenheit geschaffen worden seien. Darüber hinaus habe die Verwaltung sich um eine zügige Umsetzung bemüht. So sei z. B. die Straßenbeleuchtung der Hochstraße abgeschaltet worden (Einsparpotential ca. 7 T€), Lichtsignalanlagen wurden technisch umgerüstet, nunmehr folge die technische Umrüstung der Beleuchtung im gesamten Versorgungsgebiet der GSW und es werde ein Konzept zu weiteren Parametern vorgelegt. Seiner Meinung nach lasse sich das Haushaltssicherungskonzept damit erfüllen.

Die GSW setze mit der vorgestellten LED-Technik eine sehr aktuelle Umsetzungsmöglichkeit um, erklärte Herr **Kissing**. Er erkundigte sich nach der Höhe der Kosten pro Lampe bei einer aufgezeigten Einsparmöglichkeit von ca. 80 € pro Lampe im Jahr.

Zwischenzeitlich sei ein breit gefächertes Angebot für den Bereich der Straßenbeleuchtung in LED-Technik auf dem Markt, erklärte Herr **Dr. Homburg**. Die GSW setze bei der Auswahl auf bewährte Hersteller, die sich am Markt halten, so dass ein Nutzungszeitraum von 20 – 25 Jahren für die Leuchten erfüllt werden könne. Die GSW beschränken sich auf einige Lampentypen, die dann auch gewartet werden. Komponenten wie Wartung, Lagerhaltung von Ersatzteilen u. Leuchtmitteln seien ebenfalls zu berücksichtigen. Er habe zwei Lampentypen vorgestellt, die diese Kriterien erfüllen. Diese Lampentypen mit LED-Technik wurden bereits installiert und hätten sich bewährt. Es sei auch nicht möglich, alle 4.700 Leuchten im Stadtgebiet auf einen Schlag zu erneuern, zudem das gesamte Versorgungsgebiet 11.000 Leuchten umfasse. Er wies auf den Zeitkorridor hin (2013 bis 2015). Die Kosten für die Umrüstung bezifferte er auf ca. 400 € bis 500 € pro Lampe (auch abhängig von Mengenrabatten) zzgl. der zu erbringenden Dienstleistungen.

Herr **Sekunde** bestätigte die Ausführungen von Herrn Dr. Homburg bezüglich einer zögerlichen LED-Einführung in Form von Teilprojekten, wie sie auch in Nachbarkommunen umgesetzt wurden. Eine Normung für LED-Beleuchtung liege noch nicht vor.

Die vorgestellte Umrüstung und Modernisierung der Straßenbeleuchtung werde begrüßt, erklärte Herr **Naujoks**. Auch er habe Interesse, dass das angesprochene Contractingmodell im Planungs- und Umweltausschuss vorgestellt werde. Darüber hinaus würde er die Umrüstungsbemühungen auch gern auf die Beleuchtung in öffentlichen Gebäuden ausweiten.

Frau **Scharrenbach** erklärte ausdrücklich, dass ihre Fraktion nunmehr von der Verwaltung die Vorstellung eines Gesamtkonzeptes zur Straßenbeleuchtung zur Beratung und Beschlussfassung erwarte. Darüber hinaus sei es auch unabdingbar, dass auch die Entscheidung über das Contractingmodell im Planungs- und Umweltausschuss getroffen werde.

Hier wünsche sie sich auch die Einbeziehung anderer Angebote, die ggf. günstiger seien.

In diesem Zusammenhang wies Herr **Brüggemann** auf die Bedeutung der GSW als kommunale Tochter hin. Dies müsse in die Entscheidungsfindung einbezogen werden. Vertragliche Regelungen und somit auch die Entscheidung über ein Contractingmodell stellen ein einfaches Geschäft der laufenden Verwaltung dar. Bezug nehmend auf das Beleuchtungskonzept sagte Herr Brüggemann zu, dass dieses nach Besprechung im Verwaltungsvorstand zur Beratung und Beschlussfassung dem Planungs- und Umweltausschuss vorgelegt werde.

Zu TOP 2.
119/2012

Luftreinhalteplan 2012

Beschlussempfehlung:

1. Der Rat der Stadt Kamen beschließt den vorliegenden Luftreinhalteplan Kamen 2012 (kurz: LRP) auf Grundlage des § 47 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) sowie der 39. Verordnung zum BImSchG in der jeweils gültigen Fassung.
2. Davon unberührt wird die Stellungnahme des Planungs- und Umweltausschusses vom 23.10.2012 voll inhaltlich aufrecht erhalten. Der Rat der Stadt Kamen behält sich weitergehende Forderungen in Abhängigkeit von den eigenen NO₂-Messergebnissen vor.

Abstimmungsergebnis: bei einer Enthaltung einstimmig angenommen

Zu TOP 3.

Lkw-Navigationssystem Metropole Ruhr
Sachstandsbericht der Verwaltung zur Beteiligung am Pilotprojekt als Referenzstadt

Herr **Breuer** informierte ausführlich zum Sachstand des gemeinsamen Modellprojektes der Ruhgebietkommunen mit der Wirtschaftsförderung Metropole Ruhr und der IHK des Ruhrgebietes zur Lkw-Navigation. In seinem Vortrag ging er u. a. auf die Notwendigkeit eines gezielten Lkw-Navigationssystems, die damit verfolgten Ziele, die Voraussetzungen, beteiligten Kommunen, Verfahrensschritte, Aufgaben und weitere Schritte ein. Einzelheiten sind der Präsentation zu entnehmen. Die Stadt Kamen hat sich Ende 2011 der Vereinbarung angeschlossen. Das Erfassungsportal wurde nach den Herbstferien für die Kommunen freigeschaltet. Kamen ist Referenzkommune und wird die Daten (Restriktionen für Lkw im Straßennetz bis Januar 2013, Ausweisung von Vorrangrouten nach Abstimmung mit den Nachbarkommunen bis Juni 2013) noch vor den anderen Kommunen zur Verfügung stellen.

Herr **Diederichs-Späh** sprach das Problem mit den Maut-Umfahrern an. Dazu entgegnete Herr **Brüggemann**, dass dieser Punkt bereits umfassend diskutiert und dargestellt wurde. Es rechne sich nicht, die Mautstrecke zu umfahren. Es gebe aber keine Möglichkeit, Umfahrungen auszuschließen.

Zur Nachfrage von Herrn **Diederichs-Späh** zur Datenaktualisierung erklärte Herr **Breuer**, dass eine ¼-jährliche Aktualisierung der Daten normal sei. Für die Aktualisierung des Nebenstraßennetzes seien dann die Kommunen zuständig. Ergänzend informierte Herr **Neunert**, dass mit dem Straßenkataster auch ein Beschilderungskataster erstellt werde, so dass auch diese Änderungen zeitnah eingearbeitet werden könnten; die Bearbeitung liege in einer Hand.

Herr **Mallitzky** wies auf Probleme durch LKWs im Bereich der Mühlenstraße hin, die trotz nächtlichen Durchfahrtsverbots die Strecke weiter befahren, weil sie ortkundig oder es so gewohnt seien.

Voraussichtlich würden ab Februar 2013 verstärkt Kontrollen durch die Polizei in der Mühlenstraße durchgeführt, informierte Herr **Brüggemann**. Leider sei die personelle Verfügbarkeit der Polizei begrenzt.

Sodann erläuterte Frau **Scharrenbach** den vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion. Sie wies in diesem Zusammenhang auf das Spannungsfeld hin, welches durch Lärmaktionsplan und Luftreinhalteplan einerseits und der Ermöglichung von Güterverkehren im Stadtgebiet andererseits bestehen würde. In Bezug auf die Problematik mit den Lkw-Verkehren in der Mühlenstraße bat sie darum, mit den Betrieben, Lieferanten und Speditionen das Gespräch zu suchen.

Herr **Brüggemann** entgegnete, dass die Verwaltung derartige Gespräche mit unterschiedlichen Unternehmen geführt habe, leider ohne den gewünschten nachhaltigen Erfolg.

Als besonders beeindruckend bezeichnete Herr **Krause** den Vortrag über die Lkw-Navigation. Sehr positiv sei die Beteiligung der Ruhgebietskommunen herauszustellen. Eine vernünftige Verkehrslenkung auch für Lkw sei dringend erforderlich. Besondere Anerkennung sprach er der Verwaltung für die aufwändige Bearbeitung aus. Er erkundigte sich, ob auch andere Anbieter von dieser Möglichkeit Gebrauch machen wollen.

Zunächst habe der Anbieter Tom Tom für ein halbes Jahr die Exklusivrechte, erklärte Herr **Breuer**. Insgesamt sei das Interesse der Navigationsanbieter am Ruhrgebiet allein nicht sehr groß. Falls sich dieses Projekt jedoch auf andere Bundesländer übertragen lasse, so sei zu hoffen, dass mit größerer Beteiligung in der Fläche auch das Interesse wachse. Viele Faktoren würden eine Rolle spielen. Bis zur Marktreife sei es sicherlich noch ein langer Weg.

Herr **Heidenreich** teilte die Auffassung von Herrn Breuer. Bis sich ein solches System durchsetze und wirke, sei ein langer Atem erforderlich.

Zu TOP 4.

LKW-Lenkungskonzept
Antrag der CDU-Fraktion vom 23.11.2012

s. TOP 3

Zu TOP 5.

Zweite Stufe der Lärmaktionsplanung in Kamen

Zu TOP 5.1.

Bericht der Verwaltung (s. dazu auch Auszug aus der Niederschrift des PUA vom 03.09.2012)

Zunächst erinnerte Herr **Liedtke** an die Mitteilung im Planungs- und Umweltausschuss am 03.09.2012 (Auszug aus der Niederschrift wurde der Einladung beigelegt). Die zweite Stufe der Lärmaktionsplanung betreffe Straßenabschnitte mit einem Verkehrsaufkommen > 3 Mio. Kfz/Jahr, d. h. etwa > 8.200 Kfz/Tag. Die Lärmkartierung für Bundes- und Landesstraßen wurden vom Land NRW (LANUV) erbracht. Seitens der Stadt Kamen werden derzeit weitere Straßenabschnitte > 3 Mio. Kfz/Jahr durch Verkehrszählungen ermittelt. Anhand einer Übersichtskarte (s. Präsentation S. 8 – Straßenabschnitte sind rot gekennzeichnet) zeigte Herr Liedtke die für die Lärmkartierung in Frage kommenden Straßenabschnitte im Kamener Stadtgebiet (z. B. Wasserkurler Straße – 9.600 Kfz/Tag, Münsterstraße – 12.500 Kfz/Tag, Heerener Straße – 10.100 Kfz/Tag, Werver Mark – 11.800 Kfz/Tag). Weitere Parameter sind bei den der Lärmkartierung zugrunde liegenden Berechnungen z. B. Topographie, Meteorologie, städtebauliche Strukturen, Straßenstrukturen, Geschwindigkeiten. Der Verfahrensablauf entspricht in vollem Umfang dem der 1. Stufe der Lärmaktionsplanung (TÖB- u. Bürgerbeteiligung, Beratungen, Beschlussfassung, öffentliche Auslegung). Eine dritte Stufe der Lärmaktionsplanung ist nicht vorgesehen. Eine Aufnahme weiterer Straßenabschnitte ist nicht absehbar, da die Belastungszahlen nicht erreicht werden. Eine Grenzwertverschiebung sei nicht zu erwarten.

Zu TOP 5.2.

Antrag der CDU-Fraktion vom 29.10.2012

Frau **Scharrenbach** begründete den vorliegenden Antrag. Ihre Fraktion sehe insbesondere Wirksamkeitszusammenhänge auf die Lärmbelastung bei angrenzenden Straßen. Diese seien in die Betrachtung der 2. Stufe mit einzubeziehen.

Herr **Brüggemann** erläuterte, dass sich ein Handlungsrahmen nicht darstellen lasse. Die Verwaltung habe bei ihren Überlegungen den Aspekt der Unterschreitung von 8.200 Kfz/Tag bereits berücksichtigt. Ein Handlungsspielraum sei nicht gegeben. Herr **Liedtke** ergänzte, dass z. B. die Robert-Koch-Straße lediglich ein Fahrzeugaufkommen von 5.400 Kfz/Tag aufweise.

Die Straßenabschnitte für die 2. Stufe der Lärmaktionsplanung seien erstmals in dieser Sitzung dargestellt worden, sagte Frau **Scharrenbach**. Ihre Fraktion werde diese Aufstellung diskutieren und sich vorbehalten, weitere Vorschläge für Untersuchungsbereiche einzureichen.

Herr **Liedtke** wies nochmals auf die Rechtsgrundlagen hin, die die Kriterien für die im Rahmen der Lärmaktionsplanung zu berücksichtigenden Straßenabschnitte vorgeben. Darüber hinaus wies er auf die Fortschreibungspflicht für die Lärmaktionsplanung hin, so dass erforderliche Anpassungen an die Lärmbelastung erfolgen.

Frau **Müller** erklärte, dass eine Orientierung an den vorliegenden DTV-Werten zielführend und ausreichend sei. Die vorgeschlagenen u. dargestellten Straßenabschnitte seien nachvollziehbar. Für die Lärmaktionsplanung ein Weg in die richtige Richtung.

Zu TOP 6.

Bauvorhaben im Stadtgebiet
Bericht der Verwaltung

6.1 Kamen Karree (ehemalige Hülpert-Fläche)

Herr **Liedtke** erläuterte, dass mit der Ertüchtigung und Herstellung des Kanals und der Straße in Abstimmung mit der Stadt durch den Investor begonnen worden sei. Ziel der Stadt Kamen sei es, die Erschließungsanlagen nach mängelfreier Abnahme kostenfrei durch die Stadtentwässerung bzw. die Stadt Kamen zu übernehmen. Mit Sicherung der Erschließung sei es möglich, Baugenehmigungen zu erteilen. Zwischenzeitlich wurden Bauanträge für KFC, Shell, Carglass, Dekra u. Elmer-Sanitärtechnikgroßhandel eingereicht (Lageplan s. Präsentation S. 9).

Auf Nachfrage von Frau **Scharrenbach** zur Abwicklung führte Herr **Liedtke** aus, dass die erforderlichen Abstimmungen mit dem Investor erfolgt seien (Absichtserklärung, geprüfte u. freigegebene Ausführungsplanung, mängelfreie Übernahme durch die Stadt nach Fertigstellung) und die öffentliche Erschließung gesichert sei. Zunächst sei geplant gewesen, den Endausbau noch in 2012 abzuschließen. Witterungsbedingt zeichne sich jedoch ab, dass die letzte Tragschicht erst später aufgetragen werden könne. Zur Sicherung der Erschließung werde der Investor eine entsprechende Bürgschaft vorlegen. Die Kanalsanierung erfolge tlw. im Inline-Verfahren. Nach derzeitigem Stand können erste Baugenehmigungen voraussichtlich Anfang 2013 erteilt werden. Der Baubeginn sei für Frühjahr 2013 vorgesehen.

6.2 Jobcenter

Anhand eines Lageplans (Präsentation S. 10) stellte Herr **Brüggemann** den aktuellen Standort für das Jobcenter vor. Nähere Informationen zur Standortentscheidung sind der Anlage zur Einladung PUA 03.12.12 zu entnehmen. Zur Frage des Parkraumbedarfs erläuterte Herr Brüggemann, dass dieser augenscheinlich ausreichend erfüllt sei. Zählungen zu unterschiedlichen Zeiträumen in den letzten Tagen hätten ergeben, dass im Rathausumfeld zwischen 45 u. 50 freie Parkplätze täglich zu verzeichnen waren. Das sei auch Ergebnis der im Umfeld mehr als 100 neu geschaffenen Parkplätze. Der Investor habe zugesagt, eine weitere Fahrradabstellanlage zu errichten. Das Objekt weise eine Fläche von 2.200 qm auf und verfüge über 4 Geschosse. Es sei vorgesehen, über den Verkauf des Grundstücks in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 11.12.12 zu entscheiden. Der Umgang mit dem Baumbestand werde nach der Baumschutzsatzung zu regeln sein. Er bitte um Kenntnisnahme der neuen Entwicklung.

Für die CDU-Fraktion teilte Frau **Scharrenbach** mit, dass der neu eingetragene Standort akzeptiert werden könne. Sie regte an, dem Investor eine Nutzung bzw. Mitnutzung des alten Ratstraktes anzubieten (z. B. als Schulungs-, Sitzungsraum).

Dieses Thema, erklärte Herr **Brüggemann**, habe die Verwaltung bereits gegenüber dem Investor angesprochen. Die Entscheidung sei im jetzigen Bauverfahren nicht zu treffen. Perspektivisch sei aber eine Einbeziehung des alten Ratstraktes möglich.

Auch Herr **Kühnapfel** bewertete den neuen Standort positiv. Das Gebäude füge sich so besser ein und der Eingriff in die Grünfläche sei geringer.

Zur Anmerkung von Herrn **Diederichs-Späh**, dass ihm das Gebäude größer erscheine als zuvor, erklärte Herr **Liedtke**, dass es sich lediglich um einen groben Lageplan handle. Die detaillierte Ausarbeitung folge noch. Es würden dann auch notwendige Abstandsflächen bei der Darstellung berücksichtigt.

Herr **Standop** erkundigte sich, ob die Rasenfläche „Am Bahnhof“ (ehem. Bushaltestelle) als Grünfläche verbliebe.

Herr **Brüggemann** bestätigte dies.

6.3 Westenmauer

Herr **Liedtke** erläuterte das beantragte Bauvorhaben anhand des Lageplans (Präsentation S. 11). Wohnnutzung mit 16 Eigentumswohnungen sei vorgesehen. Parken erfolge überwiegend in der Tiefgarage. Das heute gänzlich überbaute Grundstück (Präsentation S. 12) werde umstrukturiert und erhalte einen größeren Freiraumanteil. Anhand einer Simulation (Präsentation S. 13) stellte er dar, dass sich das neue Gebäude gut in die umliegende Bebauung einfüge. Eine Baugenehmigung sei noch nicht erteilt.

6.4 Seniorenwohnen/-pflege „Am Koppelteich“

Ein Bauantrag sei noch nicht gestellt, so erklärte Herr **Liedtke**. Der Verwaltung seien erste Planungen vorgelegt worden. Herr Liedtke erläuterte den Lageplan und die Ansicht (Präsentation S. 14 + 15). Das Baugrundstück beschränke sich auf das Schulgrundstück. Eine modulare, 3-geschossige Bauweise sei vorgesehen. Teile des Koppelteichparkes sowie der Wegebeziehungen sollen in die Planungen mit einbezogen werden. Die dadurch entstehenden Kosten würden ebenfalls durch den Investor getragen. Eine weitestgehende Schonung des vorhandenen Baumbestandes werde angestrebt. Die Erschließung sei über die Straße „Am Schwimmbad“ vorgesehen. Die Pflasterfläche „Am Koppelteich“ zwischen der Koppelstraße und der Straße „Am Schwimmbad“ sei neu auszubauen. Eine Tiefgarage mit 30 Stellplätzen sei vorgesehen. Die Errichtung einer Photovoltaik-Anlage sei geplant. Die Darstellung der versiegelten Fläche (Präsentation S. 16) weise eine positive Entwicklung für den Faktor Versiegelungsgrad auf (1/3 weniger versiegelte Fläche als zuvor).

Zu TOP 7.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

7.1.1

Herr **Liedtke** teilte mit, dass die aktuelle Planung zum Ausbau der Germaniastraße in der ersten Sitzung 2013 im Planungs- und Umweltausschuss vorgestellt werden soll.

7.1.2

Herr **Breuer** informierte, dass die Modal-Split-Erhebung am 30.11.2012 abgeschlossen wurde. Rückmeldungen von über 1.000 Bürgern/innen lagen vor. Die Ergebnisse werden nunmehr ausgewertet und sollen in der ersten Sitzung des neuen Jahres vorgestellt werden.

7.2 Anfragen

7.2.1

Herr **Krause** fragte nach, ob der Verwaltung neue Erkenntnisse zum Forensik-Standort Lünen vorlägen.

Herr **Brüggemann** erklärte, dass die Verwaltung das Thema bei neuen Erkenntnissen aufgreifen werde.

7.2.2

Mit Blick auf weitere Verzögerungen des Baus der Südkamener Spange wies Herr **Heidenreich** auf den Straßenzustand der Südkamener Straße hin. Der Straßenbelag sei stark in Mitleidenschaft gezogen, die Schäden würden die Anwohner bereits jetzt stark beeinträchtigen. Nach der kommenden Winterzeit sei erfahrungsgemäß mit weiteren Verschlechterungen des Straßenzustandes zu rechnen. Er fragte an, ob es möglich sei, im Rahmen der DSK-Maßnahmen zumindest partiell Bereiche der Südkamener Straße zu sanieren.

Die Sanierung der Südkamener Straße war im Anschluss an die Baumaßnahme „Spange“ vorgesehen. Im Zusammenhang mit dem geänderten Zeithorizont für die Realisierung der „Spange“ sei dieser Wunsch nachvollziehbar, erklärte Herr **Brüggemann**. Er signalisierte, dass die Verwaltung den Vorschlag prüfen und diese Position ggf. in den Katalog der DSK-Maßnahmen aufnehmen werde.

7.2.3

Herr **Sekunde** fragte nach, ob es neue Erkenntnisse zur Nachnutzung des alten Standortes der Autobahnpolizei an der Dortmunder Allee gäbe.

Herr **Liedtke** teilte mit, dass keine neuen Erkenntnisse bekannt seien. Das durch den Liegenschaftsbetrieb erarbeitete Exposé sei im Planungs- und Umweltausschuss bereits vorgestellt worden.

In diesem Zusammenhang erinnerte Herr **Lipinski** an die Diskussion im Planungs- und Umweltausschuss zu möglichen Entwicklungspotentialen wie z. B. studentisches Wohnen u. Seniorenwohnen auch mit Bezug auf die Nähe zum Bahnhof.

7.2.4

Zur Anfrage von Herrn Heidenreich (Pkt. 7.2.2) wies Frau **Scharrenbach** darauf hin, dass eine derartige Anregung – leider erfolglos - durch ihre Fraktion bereits im Rahmen der Diskussion um die Lkw-Verkehre auf der Südkamener Straße Anfang 2012 gegeben worden sei. Sie zeige sich daher sehr erfreut, dass nunmehr die Anregung der SPD-Fraktion aufgegriffen werde.

Herr **Lipinski** wies darauf hin, dass Diskussionsbeiträge nicht unter diesem Tagesordnungspunkt „Anfragen“ gehören.

Herr **Heidenreich** zog daraufhin eine weitere Wortmeldung zurück.

7.2.5

Frau **Scharrenbach** erkundigte sich nach dem Sachstand zum Bauvorhaben „Ständerbauwerk“ am Willy-Brandt-Platz.

Eine weitere Bearbeitung dieses Bauvorhabens erfolge voraussichtlich im Frühjahr 2013, erklärte Herr **Liedtke**.

7.2.6

Herr **Theimann** berichtete, dass im Bereich der Mühlenstraße durch die Herstellung von Kanalanschlüssen die hergestellten Querverbindungen ausgewaschen seien, so dass es durch die Unebenheiten zu erhöhten Lärmbelastungen durch die Fahrgeräusche käme.

Herr **Neunert** sagte zu, diese Problematik dem zuständigen Baulastträger (Kreis Unna) mitzuteilen.

Zu TOP 8.

Baumaßnahmen Bahnhofsumfeld (Wohnumfeldverbesserung Bahnhofstraße, Netzschluss Innerer Ring, ÖPNV-Infrastrukturmaßnahmen)
Ortsbegehung des Planungs- und Umweltausschusses (Bahnhofstraße, Poststraße, Am Bahnhof)

Im Anschluss an die nichtöffentliche Sitzung fand in der Zeit von 19.30 Uhr bis 20.00 Uhr die Ortsbegehung im Bereich Bahnhofstraße, Poststraße, Am Bahnhof statt. Die Ausschussmitglieder hatten Gelegenheit, vor Ort Fragen zur der Baumaßnahme zu stellen.

Herr **Lipinski** dankte den Ausschussmitgliedern für die engagierte Mitarbeit im nun endenden Jahr und verband damit die besten Wünsche für das neue Jahr. Er schloss die Sitzung um 20.00 Uhr.

gez. Lipinski
Vorsitzender

gez. Liedtke
Schriftführer